

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 11. September 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 960 Anfrage Muff Sara und Mit. über Ammoniak / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Sara Muff ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Sara Muff: Die Antworten der Regierung verdeutlichen einmal mehr die Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind. Die Regierung betont mehrmals, dass die gesetzlichen Grundlagen nicht eingehalten werden und die Ammoniakemissionen weiter steigen. Es wird aber auch darauf hingewiesen, dass der Bund massgeblichen Einfluss auf die Landwirtschaft ausübt, sei es durch Regelungen, Vorgaben oder Direktzahlungen. Da geben wir der Regierung sogar recht: Für die Umsetzung des kantonalen Massnahmenplans und die Erreichung der Ziele benötigt es nicht nur Anpassungen auf kantonaler Ebene, sondern auch auf Bundesebene. Daher ist es unerlässlich, dass sich die Regierung beim Bund für flächendeckende Massnahmen einsetzt. In Bezug auf die Antwort zu Frage 3 ist zu beachten, dass die Regierung nicht klar aufzeigt, wie sie mit landwirtschaftlichen Betrieben umgehen will, die für Ammoniakemissionen und die Überschreitung der «Critical Loads» in sensiblen Gebieten verantwortlich sind. Die Information und Beratung solcher Betriebe ist von entscheidender Bedeutung, um die Emissionen zu reduzieren und die Auswirkungen auf die Umwelt zu minimieren. Leider wurden die Fragen 5e und f nicht beantwortet. In der Antwort zu Frage 6 hebt die Regierung hervor, dass eine Reduktion der Tierbestände mit einer Anpassung des Konsums einhergehen sollte. Hier stellt sich die Frage, wie wir damit umgehen, dass der Bund jährlich fast 6 Millionen Franken für Fleischwerbung ausgibt. Dieses Geld könnte besser verwendet werden, um die Landwirtschaft in eine nachhaltigere Richtung zu lenken. Es ist auch wichtig zu hinterfragen, ob sich die Regierung beim Bund für eine Anpassung der Agrarpolitik einsetzt, um sicherzustellen, dass die Schritte zur Emissionsreduktion für alle gleich sind und nicht nur der Kanton Luzern Massnahmen ergreift, was – wie die Regierung betont – zu Wettbewerbsverzerrungen führen könnte. Die 6 Millionen Franken für Fleischwerbung beeinflussen den Markt und die Konsumentinnen und Konsumenten übrigens auch. Insgesamt zeigen die Antworten der Regierung einmal mehr die Komplexität bei der Reduzierung von Ammoniakemissionen auf. Es wird deutlich, dass sowohl auf kantonaler Ebene als auch auf Bundesebene Massnahmen ergriffen werden müssen, um die Auswirkungen für Mensch und Natur zu minimieren und die gesteckten Ziele zu erreichen. Wir werden an der Thematik dranbleiben und gehen davon aus, dass sich die Regierung in Bern für eine flächendeckende und vor allem nachhaltige Lösung einsetzen wird.

Gaudenz Zemp: Grundsätzlich muss darauf geachtet werden, dass Landwirtschaftsthemen möglichst auf nationaler Ebene geregelt werden. Mit gut gemeinten, schärferen kantonalen Gesetzen läuft man sonst Gefahr, dass die Produktion in umliegende Kantone verlagert wird. So kommt man keinen Schritt weiter. Das gilt auch für Ammoniak. Es wäre sinnvoll, national verlässliche und nachhaltige Regelungen zu haben, nicht zuletzt darum, weil beim Ammoniakproblem ein Zielkonflikt besteht. Die Erhöhung des Tierwohls durch möglichst viel Auslauf führt letztlich zu mehr Ammoniak. Deshalb braucht es eine besonders intelligente Lösung unter Abwägung aller Vor- und Nachteile, und das möglichst auf Bundesebene. Regelt man es falsch, kommt es zu einer Verschlechterung des Tierwohls oder zu Wettbewerbsverzerrungen unter den Kantonen oder gegenüber dem Ausland. Erhöhen wir unkoordiniert die Ansprüche und damit auch die Kosten, wird mehr aus dem Ausland importiert, und der Einkaufstourismus nimmt zu. Es muss eine höhere Flughöhe eingenommen werden, um dem Problem gerecht zu werden. Dabei helfen kann wahrscheinlich der schnell wachsende Anteil an Fleischersatz. Das kann mittelfristig zu einer Reduktion des Tierbestandes führen und damit zu einer Ammoniakabnahme. Der Wechsel von Fleisch zu Fleischersatz soll dem Markt überlassen und nicht mittels Gesetz geregelt werden. Wir erwarten von der Regierung, dass sie diese Ziele konsequent und verbindlich weiterverfolgt. Das Ammoniakproblem ist ernst, deshalb müssen wir es in den Griff bekommen. Wir haben aber den Eindruck, dass die Regierung ebenfalls dieser Meinung ist und entsprechend handelt. Die FDP-Fraktion ist mit der Antwort der Regierung zufrieden.

Sandra Meyer-Huwyl: Aus Sicht der SVP-Fraktion ist die Antwort der Regierung korrekt. Auch wir Menschen stossen mit unserem Verhalten Emissionen aus, aber in anderer Form. Tatsache ist, dass bei der Tierhaltung immer Emissionen entstehen. Die Luzerner Landwirtschaft unternimmt in diesem Bereich grosse Anstrengungen. Mit dem Obligatorium des Schlepplauschs und den Abdeckungen der offenen Güllengruben sowie Weidebeiträgen werden sicher Reduktionen erreicht, wenn auch nicht sofort. In einem heissen Sommer weicht mehr Ammoniak beziehungsweise Stickstoff in die Atmosphäre. Grosse Wirkung gegen diese Emissionen haben geschlossene Laufställe für Milchkühe. Man darf aber nicht vergessen, dass die Emissionen in den Laufställen um einiges höher sind als in Anbindeställen. Aber auch Abluftreinigungen mittels Luftreiniger zeigen ihre Wirkung. Doch wo bleibt das Tierwohl bei geschlossenen Ställen? Nach wie vor bestehen hier Zielkonflikte zwischen dem Tierwohl und der Umweltbelastung. Eine Reduktion des Tierbestandes würde sicher eine rasche Wirkung zeigen. Aber ohne eine Anpassung des Konsumverhaltens würden die Emissionen bloss verlagert. Uns stört aber, dass man die Bevölkerung steuern möchte, was sie essen darf. Es soll doch jeder selber entscheiden, was er essen will: Fleisch, pflanzliche Nahrung oder Fleischersatz. Alles, was bei uns nicht produziert werden kann und darf oder nur unter vielen Auflagen, wird aus Tierhaltungen unbekanntem Ursprungs importiert. Die Emissionen bleiben so gleich hoch, aber einfach an einem anderen Ort. Wenn man den neusten Studien glauben soll, ist die Kuh scheinbar keine Klimakillerin.

Laura Spring: Bei der Anfrage geht es um eine mögliche Senkung der Ammoniakemissionen. Fakt ist aber, dass wir über die Auswirkungen der Ammoniakemissionen sprechen müssen. Für unsere Gesellschaft – die Bevölkerung und die Steuerzahlenden – entstehen dadurch auch hohe Kosten. Schlussendlich wird in der Luft Feinstaub gebildet, was wiederum Atemwegs- und Lungenerkrankungen verursacht. Das hat erwiesenermassen höhere Kosten im Gesundheitswesen zur Folge. Ausserdem überdüngt Ammoniak auch unsere Ried- und Moorlandschaften und schädigt den Wald. Das ist für die Landwirtschaft nicht gut, denn viele Landwirtinnen und Landwirte besitzen Wald, und sie sind darauf angewiesen, dass dieser gesund bleibt. Die hohen Ammoniakemissionen im Kanton

Luzern schädigen unsere Wälder und machen sie schwächer. Dadurch werden die Holzerträge kleiner. Wenn die Moorlandschaften kaputtgehen, werden die Wasserhaltungskapazitäten langfristig schlechter. Das ist für die Landwirtschaft ebenfalls schlecht. Deshalb ist also auch die Landwirtschaft daran interessiert, dass die Ammoniakemissionen sinken. Fakt ist aber, dass diese in den letzten Jahren sogar gestiegen sind. Offensichtlich funktionieren die verschiedenen Massnahmen noch nicht. Wir müssen uns auch im Kanton Luzern dafür entscheiden, ob wir weiterhin nur Symptombekämpfung betreiben, die uns Steuergelder kostet, oder ob wir das grosse Thema der Ernährungstransformation angehen. Wie es auch der Regierungsrat in seiner Antwort schreibt, bringt ein einseitiger Druck auf die Landwirtschaft nichts. Solange die ökonomischen Anreize viel höher sind, tierische anstatt pflanzliche Produkte zu produzieren, wird sich nichts ändern. Kein Betrieb will weniger verdienen, da es jetzt schon sehr komplex ist, einen Betrieb wirtschaftlich zu führen. Ein einseitiger Druck funktioniert also nicht. Die Massnahmen im Kanton Luzern betreffen die Produktion. Wir brauchen genau solche Massnahmen wie den Aktionsplan Biolandbau oder die offensiven Spezialkulturen. Damit geht der Kanton in die richtige Richtung. Es braucht aber noch weitere Anstrengungen, damit Konsum und Produktion den Weg gemeinsam gehen können. Es ist auch für die Landwirtschaft schöner, wenn sie nicht mehr an den hohen Ammoniakemissionen schuld ist und Teil eines nachhaltigen Ernährungssystems sein kann.

Thomas Alois Hodel: Man merkt einmal mehr, dass von linker Seite der Zielkonflikt zwischen Tierwohl und Umweltschutz beziehungsweise den Ammoniakemissionen nicht anerkannt wird. Man wischt diesen Zielkonflikt einfach zur Seite, um die eigenen Interessen durchzudrücken. Seien Sie doch ehrlich, Sie wollen die Tierhaltung verunmöglichen. Die Leute sollen kein Fleisch mehr essen und keine Milch mehr trinken. Ich finde es respektlos, dass Sie nicht wahrnehmen, was die Landwirtschaft in den letzten Jahren gegen die Ammoniakemissionen unternommen hat. In der ganzen Schweiz wurden Millionen von Franken in neue Landtechniken mit Schleppschauchverteilern usw. investiert. Diese Massnahmen sind von grossem Nutzen, wenn man der Forschung glauben darf. Wie es Laura Spring erklärt hat, bringt es gar nichts, einseitigen Druck auf die Landwirtschaft auszuüben. Seien Sie doch einfach froh, dass es überhaupt noch Menschen gibt, die an 365 Tagen im Jahr dieser Arbeit nachgehen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Für den Kanton Luzern mit seinem hohen Nutztierbestand – ein Drittel aller Schweine in der Schweiz wohnt in unserem schönen Kanton – ist im Speziellen Ammoniak eine Herausforderung. Daher haben wir eine besondere Situation, denn es ist nicht in allen Kantonen gleich drastisch wie bei uns. Deshalb besteht auch ein gewisser Handlungsdruck. Wir haben zusammen mit dem Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverband und Weiteren Massnahmen beschlossen. Das war ein langer Prozess. Diese Massnahmen werden nun umgesetzt, und es werden relevante Daten darüber erhoben. Einige Anstrengungen und Entwicklungen wirken sich positiv aus, etwa die Schleppschläuche oder die Abdeckungen der Jauchegruben. Für die Abdeckungen der Jauchegruben bestehen zwar noch Übergangsfristen, aber viele Bäuerinnen und Bauern haben diese Massnahme bereits umgesetzt. Weiter können Luftwäscher eingebaut werden, die aber zu einem Konflikt mit dem Tierwohl führen. Eigentlich wäre eine geschlossene Schweinescheune ideal, um Ammoniak abzusaugen und zu waschen. Das entspricht aber nicht den Tierschutzvorschriften mit einem Auslauf. Es gibt aber auch noch weitere Stalleinrichtungen. Wir haben aber einen hohen Handlungsdruck, weil wir sehr hohe Tierzahlen haben. Der Markt ist jedoch in Bewegung. Die Preise beim Schweinefleisch sind in Bewegung gekommen. Deshalb wird sich der eine oder andere Landwirt Gedanken machen, wie er seinen Betrieb in Zukunft ausrichten

will. Es gibt Alternativen dazu, die wir attraktiver machen wollen, beispielsweise mit den Spezialkulturen. Diese sind für Landwirte gedacht, die etwas Neues machen möchten und weil ein Markt vorhanden ist und zusätzlich entsteht. Die Landwirtschaftspolitik wird aber vor allem vom Bund gemacht. Am 6. Juli 2023 hat der Ständerat über eine entsprechende Vorlage diskutiert. Diese ist nun zur Schlussabstimmung bereit. Der Bund legt in der Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) die Ziele für die nächsten Jahre fest. Wir werden uns daran orientieren müssen. Das Ammoniakproblem gehen wir aber separat an, weil wir aufgrund der erwähnten Thematik vor einer sehr grossen Herausforderung stehen. Ich danke Ihnen für die Anerkennung der bereits geleisteten Beiträge und die Kenntnisnahme, dass wir weiter daran arbeiten müssen.